



Die Entwicklung der deutschen Verpflichtungen

In der Vollerfassung der Industrie- und Handelskammer Brandenburg hielt dieser Tage Hüttendirektor Hennecke einen Vortrag über die Entwicklung der deutschen Schuldverpflichtungen mit besonderer Berücksichtigung des Youngplans. Der Redner lehnte es ausdrücklich ab, auf parteipolitische Streitfragen einzugehen oder zum Volksbegehren Stellung zu nehmen, sondern er wollte ausschließlich Tatsachen in Beziehung zur deutschen Wirtschaft setzen unter Beschränkung auf die nächsten fünf Jahre, denn darüber finanzpolitisch hinauszudenken, gehe über menschliches Vermögen.

Die Entwicklung der Reparationszahlungen, der Schuldzinsen und der Schulden ist nach den Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts in den vergangenen Jahren in Millionen Reichsmark folgende gewesen:

Im Jahr	Reparationen	Schuldzinsen	Gesamtschuldung
1924	821	225	2500
1925	1056	430	5200
1926	1188	640	7300
1927	1582	815	9700
1928	1996	1055	14700

Für das Jahr 1929 kann naturgemäß vorläufig nur geschätzt werden, die betreffenden Zahlen sind etwa 2500 Millionen Reparationen, 1250 Millionen Schuldzinsen, 17 000 Millionen Gesamtschuldung.

Hieraus berechnet Hennecke, wie sich die Entwicklung bei einer Annahme des Youngplans in den nächsten und leichtesten fünf Jahren gestalten muß. Er läßt hierbei die Wahrscheinlichkeit, daß diese fünf Jahre eine außerordentliche Notzeit sein werden, außer Ansatz, nimmt also die theoretisch günstigste Entwicklung an und berechnet nach arithmetischen Grundfäden für die kommenden fünf Jahre bei Annahme des Youngplans folgende Zahlungsgehaltung:

Stand Ende	Reparations- und Schuldzinszahlungen in Millionen		Verschuldung in Milliarden
	Reparations-	Schuldzins-	
1929	3750	17	
1930	3300	20	
1931	3600	24	
1932	4000	28	
1933	4300	32	
1934	4600	37	

Auf Ende 1934 sagte Hennecke, jezt nach fünf Jahren, kommen wir schon auf eine Gesamtschuldung von schätzungsweise 37 Milliarden Mark. Wenn man die Zugänge durchrechnet, ist festzustellen, daß, während in der Zeit von 1924 bis 1929 eine Gesamtschuldung an Reparationen und Schuldzinsen von rund 13 Milliarden Mark eine Schuldsumme von 17 Milliarden gegenüberstand, d. h. 4 Milliarden mehr, für die Zeit 1929 bis 1934 in diese Zahlen nichts eingerechnet worden ist. Würde dies in gleicher Weise geschehen, so kämen 1934 sogar bereits 41 Milliarden heraus.

Bei dem Versuch, diese Zahlungen zu leisten, mühte nach der Ansicht Henneckes Deutschland jährlich 3 bis 4 Milliarden neuer Auslandsanleihen aufnehmen. Wenn man aber bedenkt, wie schwer es hielt, in den vergangenen Jahren, wo wir im Durchschnitt „nur“ 1600 Millionen Reparationen jährlich zu zahlen hatten und wo bei Beginn die besten Vermögenswerte des Reichs und wo bei Beginn die besten Vermögenswerte des Reichs noch schuldenfrei waren, während jezt der größte Teil schon verpfändet ist, Auslandsanleihen zu bekommen — wie soll es gelingen, in Zukunft jährlich ein Mehrfaches der bisherigen Anleihen aufzubringen?

„Um weiter zu kommen,“ führte Hennecke aus, „wird man vielleicht gezwungen sein, bis dato ganz ungewöhnliche Wege zu gehen. Denken Sie an den Zündholzmonopolvertrag mit Schweden! Wenn wir zu der Verpfändung der Viegenenschaften noch die Verpfändung von Staatsmonopolen an den ausländischen Kapitalismus in Erwägung ziehen, so würde sich hieraus, rein technisch betrachtet, wohl die Möglichkeit ergeben, die Youngplanzahlungen länger fortzusetzen, als dies sonst möglich erscheint; denn wenn Sie zu dem Zündholzmonopol noch Tabak, Branntwein, Bier u. a. hinzunehmen, könnte man sich denken, daß auf Grund solcher Monopolverpfändungen die Aufnahme einiger Milliarden-Anleihen möglich sein würde. Wenn man aber von diesen Möglichkeiten absteht, so geht die Ansicht erfahrener Wirtschaftsfachverständiger dahin, daß sich der

Youngplan, wie er augenblicklich besteht, bereits in wenigen Jahren festlaufen muß.

Es wäre ein großer Irrtum, wenn angenommen würde, daß Deutschland von den Tributzahlungen dann befreit sein würde. Lediglich Schuldner und Gläubiger haben gewechselt. An Stelle des Deutschen Reichs sind die öffentlichen Verbände und die Wirtschaft getreten und an Stelle der Alliierten die ausländischen — vornehmlich amerikanischen Gläubiger.

Deutschlands Volk und Wirtschaft werden auch dann ungezählte Milliarden weiterzahlen haben, nicht bis 1966 oder 1988, sondern bis zur Rückzahlung der Anleihen, d. h. nach heutigem menschlichen Ermessen ewig, allerdings nicht mehr unter der Bezeichnung „Tribute“, sondern als Zinsen, dafür aber um so fester fundiert, da sie „entpolitisiert“ sind, wie man es nennt.

Die Ausführungen des Hüttendirektors Hennecke erhalten ein besonderes Gewicht dadurch, daß er nicht irgend ein Beliebiges ist, sondern ein Fachmann des Wirtschaftswesens, der als Wissenschaftler und Praktiker das größte Ansehen genießt.

Die Einigung über die österreichische Verfassung

Wie berichtet, hat der Unterausschuß des Nationalrats für die Verfassungsreform am Freitag abend den stark abgeänderten Entwurf angenommen und der Nationalrat hat am Samstag oder Sonntag darüber zu beschließen. Bundeskanzler Schöber mußte, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit zu erreichen, manche Bestimmungen seines Entwurfs fallen lassen.

Er hat nicht durchgelezt: die Herausnahme Wiens aus der Zahl der Bundesländer; die Zuteilung der gleichen Anzahl von Vertretern für Wien wie für Vorarlberg im Bundesrat; die Abschaffung des Verhältniswahlrechts für die Wahl der Landesregierungen; die Wiedereinführung der Theater- und Kinozensur; die Verhängung des Ausnahmezustands; die Unterstellung der Orts-, Bezirks- und Landeschulräte, in Wien des Stadtschulrats, unter den Unterrichtsminister und die Aenderung der Verfassung durch einfache, statt durch Zweidrittelmehrheit.

In einigen Fragen hat die bürgerliche Mehrheit nachgegeben: in der Abschaffung des Verhältniswahlrechts in den kleinen Gemeinden; in der Einführung der einjährigen Sechshäftigkeit in das Gemeindevahlrecht; in der Verfüng des Bundespräsidenten, den Nationalrat aufzulösen; in der Wiederherstellung des Adels-titels und in der Aenderung des Wappens der Republik.

Die anderen Bestimmungen sind Kompromisse: Das Notverordnungsrecht des Bundespräsidenten; die Wahlverzeichnisse, die zweimal, Ende Januar und Ende Juli, aufgelegt und berichtigt werden, so daß die Erhöhung des Wahlalters auf 21 Jahre weniger Wähler entrechtet; die künftige Stellung Wiens, bei der die bürgerlichen Parteien an der Abschaffung des Bundeslands Wien festhielten, während die Sozialdemokraten eine Aenderung absehnen, aber einem Eventualantrag zustimmen werden, daß der Bürgermeister in der mittelbaren Bundesverwaltung nur Beauftragter des Bundes ist, daher die letzte Entscheidung der zuständige Bundesminister hat; die Wiener Gemeindevache, die binnen drei Monaten aufzulösen ist, wenn die Heimwehren gleichzeitig aufgelöst werden; die Abtretung der Aufsicht in den Theatern und Kinos an die Bundespolizei; die Uebertragung der Wiener Verkehrs-polizei nach den Weisungen des Magistrats an die Bundespolizei; die Erweiterung der Befugnisse des Unterrichtsministers in den Mittelschulangelegenheiten.

Die endgültige Regelung der Stellung Wiens wird durch ein Wiener Landesverfassungsgesetz erfolgen. Auch in der Wiener Landesregierung wird die christlich-soziale-großdeutsche Minderheit nach dem Proporzsystem vertreten sein. In dem Uebergangsgesetz behandelt ein Paragraph die Funktionen des Bundespräsidenten. Der erst im vorigen Jahr gewählte Bundespräsident Miklas soll danach sein Amt verlieren, und nach Annahme der Verfassungsreform soll ein neuer Präsident gewählt werden. Ein Teil der Mehrheitsparteien will das nicht, da Miklas für vier Jahr gewählt ist und nicht einfach abgebaut werden kann.

Neue Nachrichten

Zur Denkschrift Dr. Schachts

Eine halbamtliche Berichtigung

Berlin, 8. Dez. Verschiedene Blätter melden, in der Sitzung des Reichskabinetts am Freitag, in der zu der Denkschrift des Reichsbankpräsidenten Stellung genommen wurde, seien verschiedene Meinungen scharf auseinander gestoben. Die volksparteilichen Minister hätten der Regierungserklärung nicht zugestimmt.

Demgegenüber wird halbamtlich erklärt, die veröffentlichte Erklärung sei mit einhelliger Zustimmung sämtlicher Kabinettsmitglieder abgefaßt worden.

Von verschiedenen Blättern wird nun behauptet, diese halbamtliche Berichtigung möge wohl äußerlich und der Form nach zutreffend sein, es sei aber unbefreitbar, daß im Kreis des Kabinetts starke Meinungsverschiedenheiten bei der Beratung der Regierungserklärung zum Ausdruck kamen. Zu der etwas mageren Erklärung, wie sie schließlich der Öffentlichkeit übergeben wurde, wären keine mehrständigen Beratungen, die sogar mittags unterbrochen wurden, erforderlich gewesen. Ebenso sei bekannt, daß Reichsfinanzminister Hilferding erst am 4. Dezember auf das entschiedene Drängen einiger Reichsminister seinen hartnäckigen Widerstand gegen die schleunige Einbringung der Reformvorlage fallen gelassen habe.

Die Köln. Ztg. schreibt: Es sei ein sachlich ansprechbarer und taktisch wenig glücklicher Standpunkt der Regierungserklärung, daß nur berufene amtliche Stellen Politik machen dürfen und daß eine von anderer Seite ausgehende Initiative selbst dann Tadel verdiene, wenn sie sachlich berechtigt ist. Für das deutsche Volk bestehe jedoch nach den Erfahrungen der letzten Jahre kein Anlaß, der Regierung und dem Parlament ein unverkürztes Monopol politischer Initiative zu geben. Dr. Schacht habe monatelang mit Geduld und Geduld im Namen Deutschlands die Sachverständigenberatungen in Paris geleitet und bis zum Schluß die Nerven behalten. Von den Reichsministern auf der ersten Haager Konferenz könne man das nicht behaupten. Wenn nun Dr. Schacht auf der zweiten Haager Konferenz sich und Stimme eingeräumt werden soll, so könne das — bei der hervorragenden Befähigung Dr. Schachts — nicht nur als eine Art „Rückversicherung“ angesehen werden, sie beruhe mindestens zum Teil auf der Erkenntnis, daß Schacht einer unserer erfolgreichsten und angesehensten Unterhändler ist. Innerpolitisch könne die Schachtsche Denkschrift nur Gutes stiften.

Der Reichskanzler beim Reichspräsidenten

Berlin, 8. Dez. Der Herr Reichspräsident empfing am Samstag vormittag den Reichskanzler Müller, der in längerem Vortrag über die Schachtsche Denkschrift berichtete.

Deutschland kann auch den verschärfsten Youngplan bezahlen. Paris, 8. Dez. Der „Matin“, das Sprachrohr Briands, schreibt: Wenn Deutschland fähig ist, die 2500 Millionen des Youngplans jährlich zu zahlen, dann kann es auch die zusätzlichen Summen bezahlen, die Stresemann im Haag ausdrücklich zugestanden hat.

Rundgebung der deutschnationalen Führer

Berlin, 8. Dez. Die deutschnationale Pressestelle veröffentlicht eine Rundgebung des deutschnationalen Parteivorstandes, der Fraktionsvorsitzenden und der Vorsitzenden der Landesverbände, in der es heißt: Nie war deutsches Volkstum und deutsche Wirtschaft schwerer bedroht als jezt. Nie war eine starke und geschlossene Rechte nötiger als heute. Etwa ein Duzend Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei haben das Gebot der Stunde nicht erlannt. In kleinen Gruppen haben sie die deutschnationale Kampffront verlassen. Die jezt mit dem Austritt der Abgeordneten an die Öffentlichkeit kommende Parteineubildung war seit langem Gesprächsstoff politischer Klubs von mittelparteilichen Zeitungen und Zeitungen. Die Parteineubildung wurde in dem Augenblick zur Tatsache, in dem die ihr zustrebenden Abgeordneten erkennen mußten, daß ihre Politik des Hineindrängens in die Mitte von der Partei eindeutig abgelehnt wurde und der Versuch zum Sturz des Parteiführers gescheitert war. Die jezt in Artikeln und Erklärungen ausgesprochenen Ansichten sind nur Scheingründe. Wir fragen aber, warum die Ausgeschiedenen dies nicht vor dem Kasseler Parteitag zu vertreten wagten. Der Weg führt nicht „auf der Grundlage der heute gegebenen Verhältnisse“, sondern in ihrer Aenderung liegen die Aufgaben für Gegenwart und Zukunft. Die Deutschnationale Volkspartei wird in einmütigem Zusammenwirken zwischen

Bekleidungshaus Chr. Schmid & Sohn

König-Karlstraße 19, bei der Bergbahn

Das Haus der guten Qualitäten und konkurrenzlos billigen Preise für fertige Herren-, Jünglings- und Knabenkleidung — Herrenstoffe — Wintersportbekleidung und Ausrüstungen



Parteiliederungen und Fraktionen ihren Weg gehen. Im Geist Hefferichs wird sie zielbewußt und in geschlossener Kraft den Kampf weiter führen, der das deutsche Volk vor dem ihm durch die Annahme des Youngplans und die Vorherrschaft des Marxismus zugehenden Schicksal bewahren soll.

München, 8. Dez. Die Deutschnationale Volkspartei in Bayern hat ihren Parteivorstand und Landesauschuß nach Nürnberg einberufen, um zu den Vorläufern in der Deutschnationalen Reichstagsfraktion Stellung zu nehmen. Im voraus wird erklärt, daß die bayerischen Deutschnationalen in ihrer Leitung und allen Instanzen der Parteiververtretung fest zur Hugenberglinie eines entschiedenen Rechtsstandes stehen.

Keine Telefonanleihe

Berlin, 8. Dez. Gegenüber einer Blättermeldung, daß die Reichsregierung eine Anleihe gegen Verpfändung der Telefonanlagen der Reichspost aufnehmen wolle, wird von unterrichteter Stelle mitgeteilt, daß der Reichsregierung und der Reichspost nichts davon bekannt sei. Die Deutsche Reichspost denke nicht an eine Verpfändung ihrer Telefonanlagen.

Hindenburgs Besuch im Rheinland

Berlin, 8. Dez. Reichspräsident v. Hindenburg beabsichtigt, nach vollzogener vollständiger Räumung der dritten Zone dem Rheinland einen Besuch abzustatten. Auf eine Einladung der Stadt Trier zu der vorgesehenen Verehrungsfeier im nächsten Sommer antwortete der Reichspräsident, er könne jetzt noch keine Bestimmungen treffen. Wenn es aber so weit sei, daß er sein Reiseprogramm aufstellen könne, so werde er gern die Einladung der Stadt Trier in Berücksichtigung ziehen.

Der Zeitpunkt der Räumung ist bekanntlich noch ganz unbestimmt. Sicher scheint nur zu sein, daß die dritte Zone auf 30. Juni noch nicht frei sein wird.

Die deutsche Chemie dem internationalen Verband beigetreten

Berlin, 8. Dez. Der Vorstand des Verbands deutscher chemischer Vereine, den die Deutsche Bunsengesellschaft für angewandte physikalische Chemie, die Deutsche chemische Gesellschaft und der Verein deutscher Chemiker im Vorjahr gebildet haben, ist nach eingehenden Verhandlungen der Union internationale de chimie beigetreten.

Rücktritt der polnischen Regierung

Warschau, 8. Dez. Das Kabinett hat gestern beschlossen, zurückzutreten, nachdem am Freitag den Mißtrauensantrag der Oppositionsparteien gegen die Regierung mit 246 gegen 120 Stimmen angenommen hatte.

Die Lage in China

London, 8. Dez. Aus Schanghai wird gemeldet, daß die Regierung in Nanjing das russisch-mandurische Abkommen über die Ostbahn nun doch anerkannt habe.

Fünf einflußreiche Führer, Marschall Fong, General Schanghuestang (Mandschurei), General Jensi (Brov. Schansi), General Tangseng (Honan) und der ausgewiesene radikalpolitische Führer Wangschangwie verlangen in einer gemeinsamen Kundgebung an das chinesische Volk den Rücktritt Tschiangkaischeks. Jensi solle Direktor des nationalen Heeres und Wangschang Vorkämpfer des Staatsrats in Nanjing werden.

Tschiangkaischek soll nach einer japanischen Meldung dem Nationalrat in Nanjing seinen Rücktritt angekündigt haben.

Die Truppenmeuterei in Fukau greift jetzt auch auf alle Plätze am Yangtse über, insbesondere auf Anting, außerdem auf die Gegend westlich Hankaus. Der Befehlshaber der in Anting und Fukau meuternden Truppen Sogijojan ist ein früherer Befehlsmann Fongjulsangs. Die Tientsin-Fukau-Bahn ist erneut unterbrochen, wodurch die Regierungstruppen in Honan in eine schwierige Lage geraten sind.

Die Entscheidung im braunschweigischen Kirchenstreit

Leipzig, 8. Dez. In der gestern abend verkündeten Entscheidung des Staatsgerichtshofs heißt es u. a.: Das Land Braunschweig ist verpflichtet, für die Zeit vom

1. April 1928 an als Staatszuschüsse für die im Dienst der Landeskirche befindliche gemeinen oder befindlichen höchstens 231 Geistlichen des Landes Braunschweig mit Ausnahme der Stadt Braunschweig einen Betrag in Reichsmark zu zahlen, der ziffernmäßig gleich ist einem Drittel der Markbeträge, die diesen Geistlichen auf Grund der braunschweigischen Landes- und Kirchengesetze zustehen würden. Diese Zuschüsse sind für solche Geistliche nicht zu zahlen, deren Prädikatsinkommen ihren Bezügen in Reichsmark zum mindesten gleichkommen. Mit ihrer Mehrforderung — diese bezog sich namentlich auf Nachzahlungen vom 1. Dez. 1923 bis 30. November 1927 — wird die Landeskirche abgewiesen.

Die österreichische Verfassungsvorlage angenommen

Wien, 8. Dez. Der Nationalrat hat nach achteinhalbstündiger Sitzung die Verfassungsvorlage der Regierung in der durch die Beratungen des Unterausschusses und des Verfassungsausschusses festgelegten Form in zweiter und dritter Lesung angenommen. Das Ergebnis wurde von den Mehrheitsparteien mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Die Bundesführung der Selbstschußverbände erklärt in einem Aufruf, das neue Gesetz sei wohl eine Niederlage der Margisten, aber noch manches sei unerreicht und noch sei Wien nicht erobert. Weder die Regierung noch die Heimat-treue Bevölkerung könne sich dabei mit dem Gesetz zufriedengeben und der Kampf werde aufs schärfste weitergeführt werden.

Die Oesterreichische Nationalbank hat den Wechselkurs von 8 auf 7 1/2 Prozent ermäßigt.

Württemberg

Stuttgart, 8. Dezember.

Christlich-soziale Einigung. In Stuttgart fand eine erste Fühlungsnahme zwischen Führern der Christlich-Sozialen Reichsvereinigung und des Christlichen Volksdienstes statt. Von der Christlich-Sozialen Reichsvereinigung nahmen an den Verhandlungen teil: Die Herren Prof. Pfarrer Weid-Frankfurt a. M. und Hülfers-Berlin, vom Christlichen Volksdienst die Herren Klingg. Bausch und Simpfendorfer-Stuttgart. Die Aussprache ergab weitgehende Übereinstimmung. Es wurde vereinbart, daß bevollmächtigte Vertreter beider Gruppen am 15. Dezember in Frankfurt a. M. zur Beratung über eine etwaige Verschmelzung zusammentreten sollen.

Den Tod von zwei Kindern verschuldet. Vor dem Großen Schöffengericht hatte sich heute der Kaufmann Albert Hagen von Ludwigsburg wegen fahrlässiger Brandstiftung mit Todesfolge zu verantworten. Der Angeklagte, der in Ludwigsburg, Marktplatz 4, ein Kolonialwarengeschäft betreibt, hatte im Dachstock eines Hintergebäudes Sprengpulver, Feuerwerkskörper und Zündhölzer vorchriftswidrig unverschlossen aufbewahrt. Am 8. Juli dieses Jahres kamen nun verschiedene Kinder beim Spiel in das Magazin und zündelten, wobei es zu einer Explosion kam, der die beiden 8 und 9 Jahre alten Söhne des Stadtpfarrers Dr. Sting zum Opfer fielen. Das Urteil lautete an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von zwei Monaten auf eine Geldstrafe von 1200 Mark.

Was die Einkommensteuerstatistik sagt. Nach der Einkommensteuerstatistik hatten von 23,25 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger im Jahr 1926 keinerlei steuerpflichtiges Einkommen 10,38 Millionen, die demnach nur 1200 RM und darunter jährlich verdienen. 0,36 Millionen waren infolge der Familienermäßigung ebenfalls steuerfrei. Sie verdienten im Durchschnitt 1877 RM. Die verbleibenden steuerzahlenden 12,49 Millionen hatten ein Gesamteinkommen von 25,06 Milliarden RM. Also ein Durchschnittseinkommen von 2006 RM. Nur 168 000 Gehaltsempfänger heben sich aus dieser Sicht heraus, die ein Jahreseinkommen von über 8000 Mark beziehen und daher neben dem Lohnabzug noch der Einkommensteuerveranlagung unterliegen. Die 3,76 Millionen veranlagten Steuerpflichtigen gaben ein Einkommen von 12,6 Milliarden RM an. 45,61 Prozent der Veranlagten verdienen bis 1500 RM, 29,18 bis 3000 RM jährlich. Insgesamt bleiben 91,81 Prozent unter 8000 RM, Einkommen, nur 7,84 Proz. verdienen zwischen 8000 bis 15000 RM und 0,35 hatten ein Einkommen von über 50 000 RM jährlich.

Stuttgart, 7. Dez. Die Bewegung der Bevölkerung in Württemberg. Im 3. Vierteljahr 1929 hat in Württemberg die Zahl der Eheschließungen um 895 zugenommen und betrug 5947 gegen 5552 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dagegen blieb sie gegenüber dem 2. Vierteljahr um 899 zurück. Die Zahl der Lebendgeborenen, 5849 Knaben und 5490 Mädchen, zusammen 11 339, erreichte diejenige des 3. Vierteljahres 1928 nicht ganz (weniger 127). Noch größer ist der Abstand gegenüber dem Vorvierteljahr 1929 mit 12 399 Lebendgeborenen. Die Zahl der Gestorbenen weist eine Senkung auf. Im 3. Vierteljahr 1929 starben 6821 Personen gegen 6869 im gleichen Viertel des Vorjahres und 7949 im Vorviertel. Auch die Säuglingssterblichkeit hat weiter abgenommen. Im 1. Lebensjahr sind gestorben im 3. Vierteljahr 1929 712 gleich 6,3 v. H. der Lebendgeborenen, im 3. Vierteljahr 1928 waren es 6,8 und im 2. Vierteljahr 1929 6,9 v. H. der Lebendgeborenen. Der Geborenenüberschuß mit 4518 ist gegenüber dem 3. Vierteljahr 1928 um 49 gesunken, gegenüber dem Vorvierteljahr 1929 um 68 gestiegen.

Die amtliche Großhandelsmehrzahl vom 4. Dezember ist gegenüber der Vorwoche (135,0) um 0,8 v. H. auf 134,8 zurückgegangen. Im Monatsdurchschnitt November ist die Gesamtmehrzahl gegenüber dem Vormonat um 1,2 v. H. auf 135,5 (137,2) gesunken. Agrarstoffe 128,4 (131,7), industrielle Wertwaren 156,5 (156,6).

Aus dem Lande

Vaihingen a. E., 8. Dez. Zur Warnung. Diesen Sommer kam ein Photograph aus Essen zu einer hiesigen Witwe. Er wollte eine Vergrößerung des Bilds ihres Mannes herstellen. Die Frau lebte bestimmt ab. Sie brauche nichts zu zahlen, er wolle ihr das Bild nur zum Ansehen zuwenden. Auch das Bild wurde abgelehnt. Aber der Mann ist jäh. Er steckt ohne Erlaubnis die Photographie des Mannes ein. Nur ihre Adresse sollte die Witwe auf einen Zettel schreiben. Das tat sie, meckte aber nicht, daß sie auf dem Zettel eine Bestellung unterschrieben hatte, weil sie große Eile hatte und fort mußte. Einige Wochen nachher zieht ein älterer Mann 5 Mark ein. Wenn sie nicht zahle, müsse sie in Essen vors Gericht; sie habe unterschrieben. So werden die 5 Mark bezahlt. Einige Wochen nachher kommt das vergrößerte Bild, völlig wertlos, unerkennbar, Schund — aber es kostet 12 Mark Nachnahme.

Veßberg O. H., 8. Dez. Tödlicher Unfall. Der sechsjährige Sohn Ludwig der Familie Karl Brodt, Schmiedemeister von hier, wollte seinem Vater beim Maschinendrehen beistehen und stürzte dabei durch das Garbentoch auf die Scheunentenne 4 1/2 Meter hoch so unglücklich ab, daß er einen schweren Schädelbruch und sonstige Verletzungen davontrug, an deren Folgen er verschieden ist.

Reutlingen, 8. Dez. Eine Warnung an die Gemeindeverträge. In der letzten Gemeinderatssitzung richtete sich Oberbürgermeister Dr. Haller erneut an die Gemeinderatsmitglieder, die Beratungen in den nichtöffentlichen Sitzungen als streng vertraulich zu behandeln. Sollten wieder Fälle von Indiskretionen vorkommen, so würde er es für seine Pflicht halten, mit den schärfsten Disziplinarstrafen vorzugehen.

Ehrenfein O. H., 8. Dez. Petri Hell. Im Blauwasser Ehrenfein hat Rotar Käshöfer Alm einen Hecht mit einem Gewicht von 14 Pfund und Fabrikant Hummel einen solchen mit 7 1/2 Pfund geangelt.

Nevesheim, 8. Dez. Vom Bezirkswohltätigkeitsverein. Der Fürst von Thurn und Taxis hat aus Anlaß der Vermählung seines zweitjüngsten Sohnes, des Prinzen Philipp Ernst, dem Bezirkswohltätigkeitsverein eine Spende von 2000 Mk. überwiesen; damit wurde eine Anzahl bedürftiger Familien in Bezirksgemeinden, in denen der Fürst begütert ist, unterstützt. — Die neueste Tätigkeit des Vereins ist die Bettenhilfe für bedürftige kinderreiche Familien. Seit Juli wurden 22 Betten vermittelt. Die Empfänger zahlen daran, was ihnen möglich ist, der Bezirkswohltätigkeitsverein leistet ein Drittel und den größeren Rest schießt die Zentralleitung der Wohltätigkeit zu.

Vom bayrischen Allgäu, 8. Dez. Autofahrer vor Gericht. — Schadenfeuer. Der 20 Jahre alte Kraftwagenführer Johann Schmidmann von Augsburg

Adolf Stern, das Spezialgeschäft der großen Auswahl, der billigen Preise für Herren-, Jünglings- und Knaben-Konfektion. Bekleidung für den Wintersport. Wilhelmstr. 11

Schicksale kommen vom Himmel

Roman von Christine Kuhland

45. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten)

„Erlöse mich, Geliebte, erlöse mich!“ schienen sie zu bitten. „Sei stark, sei mutig, nimm dein Kreuz auf dich.“

Ja, das wollte sie. Mutig und stark sein, aber mit ihrem Herzen voll unbestimmter Sorge, voll Furcht — nein sie wollte ganz wahr gegen sich sein — — —

Mit diesem Herzen voll Furcht und Grauen vor dem Manne, dem sie heute vermählt werden sollte, ihrem Gott ins Antlitz zu lägen:

„Ich will ihn lieben, ihm treu sein, bis der Tod uns scheidet!“ Nein, das vermochte sie nicht. Und wenn sämtliche Familienräte und Oberhäupter der Markendorfs sich empörten, sie würde mit Udo nur bis zum Standesamt gehen, nicht aber ins Gotteshaus.

Die ganze hocharistokratische Feier, all die reiche Pracht und Herrlichkeit, die man dabei zu entfalten gedachte, mußte unterbleiben.

Das alles hatte Christine schon mit Trudo verabredet, und er hatte sich gefügt unter der Bedingung, daß sie mitten aus der großen Festlichkeit heraus, die im Park und einem Stück daran schließenden Waldes stattfinden sollte, ihre Hochzeitsreise antreten würden. Christine hatte in jede Bedingung gewilligt und Trudo triumphierte.

Christines Hartnäckigkeit hat gefiegt, dachte er. Aber mein Wille wird sie zerbrechen. Sie muß sich fügen, muß ganz mein Eigen werden,“ hatte er zähneknirschend, in seinem Turngemach auf und abgehend, leise gesagt. Aber doch laut genug, daß es der feinhörige Matthias verstehen konnte.

Zwei verdeckte Kellervagen standen schon seit einigen Tagen blank und blinkend in der Remise, und Kutscher und Diener hatten genaue Weisung, zu welcher Stunde nach Mitternacht Wagen und Pferde bereitstehen sollten.

Dr. Woffram mit Hanna und seinem ältesten Knaben und

Mädchen, die von Trudo besonders geliebt waren, bewohnten in diesen Tagen das Fremdenzimmer und Christines Erkerzimmer in der Palmhütte. Auf Christines dringendes Bitten waren sie gekommen, aber an der Feier nahmen sie nicht teil.

Hans Woffram konnte die Erinnerung an seines Bruders gewaltigen Tod nicht loswerden. Es war ihm furchtbar, einen anderen an Christines Seite zu sehen.

Tante Anna aber war mit ihrem jüngsten Enkelkinde in Berlin geblieben. So gerne sie auch ihr liebes Forsthaus einmal wiedergesehen, so sehr fürchtete sie die schrecklichen Erinnerungen.

Für den Tag vor ihrer Hochzeit hatte Christine sich von Trudo noch völlige Freiheit erbeten, und sie war ihr gewährt worden. Ein schlüssiger Brief mit steiler Aufschrift, die sie schon kannte, war ihr an diesem Vormittag in ihr Erkerstübchen geflogen. Die Mutter hatte ihn mit einem warmen Beuchten ihrer sonst so kühlen Augen gebracht.

„Da, Christine, ein Hochzeitsgeschenk.“ Und Christine hatte die liebe Hand, die den Brief hielt, fest an ihre Wangen gedrückt.

„Mutter, liebe Mutter, bete für mich, daß ich fest bleibe.“ Darauf öffnete Christine den Brief.

Ein Bündchen fiel heraus, ein Knabenbildnis, die lachenden Augen weit geöffnet. Das kleine Mädchen, mit der geschürzten Oberlippe ließ ein Reihe kleiner Perlenzähnen sehen. Die kleinen Hände hielten ausgestreckt einen Rosenstrauß.

„Liebe Mutter,“ war ungeschickt mit geführter Hand darunter geschrieben. „Ich bringe Dir Rosen. Ich habe Dich lieb.“

Da hatte Christine ausgeschrien vor Glück und Seligkeit und wildem Weh. Dann war sie vor der Mutter ins Knie gesunken. „Mutter, meine Mutter, ich muß es ihm sagen. Zwei Jahre und ein halbes ist er nun, mein kleiner Ernst, und ich soll ihn nicht wiedersehen. Ich muß es Trudo sagen, daß mir ein Kind lebt. O, auf der ganzen Erde gibt es kein Mutterherz, das so zerquält wird, wie das meine. Günthers Augen schauen mich an aus meinem Anagen, und ich darf

die meinen nicht in die lebendige Blut dieser Kinderaugen senken. Nur ein süßes Bildchen grüßt mich!“

„Sei still, beherrsche dich, Christine. Ahnst du denn nicht, weshalb wir das Kind verborgen halten? Zuerst war es wohl, um den niedrigen Ratsch der Menschen nicht zu entfachen, dann aber entstand eine bange Sorge in Vaters Herzen Günthers Vater und dein Mann fielen Meckers Rache zum Opfer. Noch lebt ein Bruder Meckers. Einem gewalttätigen, rachgütigen Menschen ist auch ein Kind nicht heilig. Er ist gut aufgehoben in Völkers Haus, dein lieber Junge. Sei glücklich, daß er dir noch lebt.“

Da erhob sich Christine.

„Um Gottes willen, wohin verirren sich eure Gedanken. Nein, einer solch rohen Tat halte ich keinen Rerker für fähig.“

Sie hätte sagen mögen: „Nein — nein, auch Mecker leidet unschuldig, er ist nicht der Mörder meines Mannes,“ aber sie schwieg. Es war, als hätte sie mit Günthers Seele gemeinsam ein Geheimnis zu bewahren, das sich in kürzester Frist enthüllen mußte.

So hatte sie am Vorabend ihrer Hochzeit oben in ihrem Erker, das süße Bildnis ihres Knaben ans Herz pressend, demütig vor Gott gekniet und ihn um Kraft gebeten.

„Führe mich durch die Finsternis, die vor mir liegt, zur Licht. Führe mich heim!“ — — —

Mit diesem Glauben im Herzen erwartete Christine zur Stunde den Mann, dem sie angehören sollte für ein ganzes Weib. Aber ihre Nerven waren gebändigt. Ihre Gedanken weilt von der Hochzeitsfeier, die vor ihr lag.

Und dann kam Trudo.

Stolz und schön anzusehen, führte er das Weib seiner Liebe, das er so schwer erringen mußte, auf Rosentepichen nach dem Wagen, der mit stolzen Wappen der Markendorfs geschmückt war.

Eine lange Wagenreihe folgte der Hochzeitstafel durch das Wiental, begrüßt von bunten, wappenverzieren Fahnen, die stolz und lustig von allen Türmen des Schlosses wehten.

burg wurde vom Schöffengericht Memmingen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er war als Kraftwagenführer bei der Reichspost angestellt und hatte die Strecke Nemetshausen—Schwabmünchen zu befahren. Am 28. August stürzte der Omnibus infolge zu schnellenfahrens um, und von den 17 Insassen, die damals zu einer Beerdigung fuhren und unter denen sich auch mehrere Württemberger befanden, wurden 13 mehr oder weniger schwer verletzt. Ein Teil davon ist heute noch in ärztlicher Behandlung. — Der ledige Reisende Hermann Prehnar von München wurde zu 1200 M. Geldstrafe an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von zwei Monaten vom gleichen Gericht verurteilt, weil er am 2. Oktober auf der Straße bei Mindelheim mit seinem Auto zwei Kinder überfahren hatte, von denen das eine sofort tot war, während dem andern die Kopfhaut abgerissen wurde. — In Altsried ist der Stadel des Landwirts Josef Weber mit sämtlichen Baumstammstücken und Heuorräten abgebrannt. Es ist Brandstiftung anzunehmen, da die vom Brandplatz nicht weit entfernte Stiene umgelegt war, damit sie nicht in Tätigkeit gesetzt werden konnte.

Ehlingen, 8. Dez. Streit um das Oberbürgermeisteramt. In der letzten Gemeinderatssitzung gab es recht unerquickliche Auseinandersetzungen über das Gehalt des neugewählten Oberbürgermeisters Dr. Lang von Langen, bisher in Schwemningen. Die Stadtverordnetenstelle war ausgeschrieben nach Gruppe C 3 der Gehaltsordnung (14 000 M.), Wohnungsgeld 1368 M., sowie eine angemessene Aufwandsentschädigung, nach Ansicht des Gemeinderats 10 v. H. oder 1400 M. Führt der neue Stadtvorstand einen eigenen Haushalt, dann beträgt das Wohnungsgeld 1728 M. Zunächst hatte Dr. Lang v. Langen eine dem Ministerium vorzulegende Erklärung über die Annahme der Wahl eingereicht unter der Voraussetzung, daß „einige Wünsche berücksichtigt“ würden. Diese Wünsche teilte er später mit. Er will nämlich 22 000 M., wie er sie in Schwemningen hatte, also 5000 M. mehr als der Gemeinderat geben will, und die Bürgerschaft für einen Bankkredit von 10 000 M. zur Bestreitung seiner Unkosten für die Wahl. Der Gemeinderat lehnte eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung ab. Die übrigen Bezüge sind geringlich gekürzt. Die Übernahme der Bürgerschaft wurde ebenfalls abgelehnt. Der Vorfall wirft zum voraus einen Schatten auf ein gedeihliches Zusammenarbeiten von Stadtvorstand und Gemeinderat. Die „Ehlinger Zeitung“ bemerkt: Die große Wählerschaft, die Dr. Lang von Langen ihre Stimme gegeben hat, hat wahrscheinlich eine bedingungslose, freudige Annahme der Wahl erwartet und nicht geglaubt, daß es noch irgendwelche Anstände geben würde.

Oberndorf, 8. Dez. Der neue Oberamtsarzt. Dr. med. Schwarz, Assistentenarzt beim leitenden Polizeiarzt in Stuttgart, wurde zum vollbesoldeten Oberamtsarzt für den Oberamtsbezirk Oberndorf—Sulz mit dem Sitz in Oberndorf ernannt.

Gmünd, 8. Dez. Ehrenpatente Hindenburg. Der Reichspräsident von Hindenburg hat bei dem jüngsten Sohne des Fabrikanten Robert Grimlinger hier, der auf den Namen Paul getauft werden wird, die Ehrenpatenschaft übernommen.

Ravensburg, 8. Dez. Schwere Diebstahl. Dem Geschäftsführer des Hamburger Kaffeelegers wurde in seiner Wohnung die Summe von 1500 M. gestohlen. Als Diebe konnten drei junge Menschen, die bei einer hiesigen Firma beschäftigt sind, verhaftet werden.

Amtliche Dienstaufträge

Ernannt: Der Hilfskassierassistent Hunger beim Landgericht Ravensburg zum Verwaltungsassistenten beim Verwaltungshof.

In den Ruhestand versetzt: Zweiter Stadtpfarrer Kreeb an der Lutherkirche in Cannstatt seinem Ansuchen gemäß.

Übertragen: Die Studienratstelle mit neu sprachlichem Lehrauftrag an der Städtischen Realschule (Realschulklasse Unterricht) in Stuttgart dem Studienrat a. D. Schwarz, z. Z. an dem Reformrealgymnasium und der Oberrealschule in Feuerbach.

Der Erbacher Prozeß

Am 6. Dez. Am 6. Verhandlungstag (Freitag) kam das Schreiben Schenzles zur Sprache, in dem er sich um Geld für Gemeinden, besonders aber für seine Gemeinde, bewarb und Sicherheiten in Höhe von 8 Millionen anbot. Den Brief unterschrieb er „Schultheißnam, i. V. Schenzle“. Schenzle erklärt, daß die 8 Millionen ein Schreibfehler sein müßten, und die Unterschrift sei darauf zurückzuführen, daß der Schultheiß nicht immer dagewesen sei. Der Baldwinwert der Gemeinde Erbach wurde seitens des Ministeriums mit 110 000 M. angegeben. Dehner behauptet, die Bank habe ihm immer über das Fehlen von Betriebsmitteln geklagt und erst dann habe er begonnen, Geld für die „Erbach“ zu befragen.

Es wird übergegangen zur Anklage gegen Müller wegen Untreue und Unterschlagung, einfachen Bankrotts und Vergehen gegen § 84 des G. M. b. H. Gesetzes. Nach der Kündigung des A. Ringwald und Jakob bei der Refa auf den 30. Juni 1926 wurde Müller als Geschäftsführer bestellt. Er wird beschuldigt, im Laufe der Jahre 1927/28 insgesamt 13 931 M. unterschlagen zu haben, wozu Müller erklärt, daß er sich dazu berechtigt gefühlt habe, um so mehr, als er es wieder zurückgeben wollte. Das Geld habe er zur Deckung alter Schulden und zum Aufbau seiner neuen Wohnung gebraucht. Auf der anderen Seite habe er Zehntausende für die Refa erpart. Der Gedanke an eine Unterschlagung sei ihm nie in den Sinn gekommen. Gegenüber der Anklage, er habe ohne Berechtigung 1/2 v. H. Umjatzprovision bei einem Umsatz von 400 000 M. der Refa entnommen, behauptet Müller, Dehner habe ihm dies zugestanden. Der Vorsitzende hält dann Müller seine üppige Lebensweise vor und betont, daß er die Umsatzprovision dem Stuttgarter Geschäft entnahm und sie als „Unkosten“ oder „Spesen“ behandelte und daß er seine Steuern nicht von seinem Monatsgehalt (800 M.), sondern von der Geschäftskasse bezahlte. Die 13 931 M., die er der Kasse entnommen habe, habe er durch den Buchhalter Burkhart in den Büchern später als „Darlehen“ eingetragen lassen und bei der Aufstellung einer vorläufigen Bilanz durch den Buchhalter Schenzle habe er diesen bestimmt, die 13 931 M. nicht in die Bilanz einzutragen und dem Herrn Schultheiß „daran nichts zu sagen“. Schenzle hat diesen Posten später auf „Dispositionsfonds“ gebucht. Als Dehner von der Provisionsentnahme hörte, hat er Müller brieflich des Betrugs geziehen. Müller will diesen Brief nicht erhalten haben. Schenzle will angenommen haben, daß Müller diese Angelegenheit selbst mit Dehner bespreche. Zur Anstellung des Müller

behauptet Dehner, Müller habe ihm damals erklärt, daß er keine alten Verpflichtungen habe, was Müller aber bestreitet. Gemeinderat Bucher berichtet dann über die Entlassung des Müller, wofür als Grund „Unstimmigkeiten“ angegeben wurden.

Die weitere Anklage gegen Müller betrifft einfachen Bankrott § 240 Ziffer 3 der Konk.-Ordn. Müller soll die Bücher so unordentlich geführt haben, daß daraus nicht zu ersehen war, daß das Unternehmen konkursreif war, was durch den Bücherrevisor Traub, Biberach und Buchhalter Lindinger bestätigt wird. Die Revision durch Traub konnte infolge von Differenzen mit Müller nicht zu Ende geführt werden. Zur Bilanz vom 31. Dezember 1926 äußert sich der Sachverständige, Direktor Schäferdt, Müller sei ziemlich willkürlich bei dieser Bilanz mit den Zahlen umgegangen. Es wird schließlich festgestellt, daß Müller unbedingt hätte den Konkurs der Refa anmelden müssen, denn in der Bilanz vom 15. 6. 27 sei ein Defizit von 54 000 M. enthalten.

In der Nachmittagsitzung bestätigte der Zeuge Traub, daß Dehner, als er von der schlechten Geschäftsführung der Refa und von den Verlusten Kenntnis erhielt, beinahe zusammengebrochen sei. Der Zeuge Frick Knoll-Erbach äußerte sich über die Beanstandungen, die sich in der Buchführung der Refa bei einer Revision im April 1928 ergeben haben. Das Postfachkonto habe insbesondere große Unordnung aufgewiesen. Auch sonst hätten sich eine Reihe von Beanstandungen ergeben und er habe Dehner auf diese Mißstände aufmerksam gemacht. Als das Ergebnis der Bilanz auf 31. Dezember 1927 mit einem Verlust von 50 274 M. bekannt geworden sei, habe er nochmals Dehner gebeten, die Sache sofort zu bereinigen. Bei einem Stammkapital von 5000 M. und einem zehnmal höheren Verlust sei es doch besser, sofort zu schließen. Müller habe als Führer des Geschäfts unbedingt von dem Verlust gewußt. Dehner sei sehr bestürzt gewesen. Der Konkursverwalter der Refa, Rechtsanwalt Georgii-Stuttgart, erklärte, daß die Schulden, die im Darlehenskonto Refa aufgeführt waren, bei dem Konto der Erbacher Bank nicht genannt waren. Der Zeuge rechnet bei der Aktiomasse mit dem Konkurs in Höhe von 89 142 M. mit einer Dividende von 18 Prozent. Für den Ausfall, den die Stuttgarter Filiale der Refa (Schneider) erleidet, macht er die Refa regresspflichtig. Drei weitere Zeugen, die bei der Stuttgarter Filiale als Buchhalter beschäftigt waren, bestätigen, daß Müller an der Bilanz für 1927 Wichtiges abgeändert habe.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Ein abgefeimter Betrüger

Vor einiger Zeit erregte ein gewisser Karl Hartung in Berlin und anderswo Aufsehen, der sich als unehelicher Sohn des Kaisers und seiner jetzigen Gemahlin, der Prinzessin Hermine, ausgab. Er fand in manchen Kreisen Glauben, weil er manche Angaben von dem Privatleben der Prinzessin anführen konnte, die mit der Wirklichkeit stimmten. Zu der Prinzessin war er auf Empfehlung des Fürsten Salm-Horstmar gekommen, dem Hartung vorgeschwindelt hatte, er sei Polizeioberwachmeister und habe während des Ruhrkampfes sich um die deutsche Sache sehr verdient gemacht. Die Prinzessin unterstützte den Ker wegen seines tapferen Verhaltens mit 500 M. wie sie auch sonst vielen Unterstützungsbedürftigen stets beigestanden ist; sie schrieb auch einige Briefe an Hartung, wie sie mit allen von ihr unterstützten Personen in persönlichem und brieflichem Verkehr zu bleiben pflegte. Sie besorgte ihm auch eine Stellung in Berlin, die er aber wegen schlechter Aufführung bald wieder verlor. Hartung hatte noch die Unvorsichtigkeit, die Prinzessin um eine größere Summe anzugehen, da er beabsichtige, eine Bach- und Schließgesellschaft zu gründen. Dieses Ansinnen wurde abgelehnt, und aus Rache verbreitete er nun die schamlosesten Gerüchte über seine Wohltäterin. An den Fürsten Salm war Hartung durch die Empfehlung eines Kölner Polizeioffiziers gekommen, dem gegenüber er sich als „starrer Stahlfelmann“ aufgespielt hatte. Der „alte Frontsoldat“ von jetzt 26 Jahren hat in Wirklichkeit die Front nie gesehen und das Eisene Kreuz erster und zweiter Klasse, die er zu tragen pflegte, hat er sich selbst verliehen. Die Große Strafkammer in Köln verurteilte den Schwindler ziemlich milde zu einem Jahr und einem Monat Gefängnis.

30 neue deutsche Städte. Durch Beschluß des preussischen Staatsministeriums ist 30 Ortschaften, die bisher Landgemeinden oder Marktflecken waren, der Uebergang zur städtischen Verfassung gestattet worden. Sie liegen sämtlich in der Provinz Hannover. Zu den neuen Städten gehört auch Fallersleben, der Geburtsort Hoffmanns, des Dichters des Deutschlandlieds, und Meppen, wo der bekannte Zentrumsführer Windhorst geboren wurde.

Betrügerischer Bankrott. Die Mitinhaber der Holzgroßirma Vertram in Klais (zwischen Parkenkirchen und Mittenwald), die Brüder Karl und Gottlieb Vertram, sind wegen Verdachts des betrügerischen Bankrotts verhaftet worden. Der bayerische Staat (Forstfiskus) soll um eine halbe Million M. geschädigt worden sein. Die Verluste sollen zum Teil durch Veruntreuungen der Inhaber verursacht worden sein. Eine Untersuchung ist eingeleitet gegen den verantwortlichen Beamten eines Finanzamts, der der Firma die Kredite einräumte.

Ein „fürstlicher“ Bankswindler. Vor sechs Wochen gründete ein Fürst Leon Sapleha (die Sapleha sind itaunischen Ursprungs) in Berlin eine „Deutsche Immobilienbank e. G. m. b. H.“. Der Gründer ist seit 10 Tagen verhaftet worden, ohne daß die Angestellten ein Gehalt erhalten hätten, dagegen soll ein Berliner Arzt eine hohe Summe verloren haben. Der „Fürst“ ist ein gewisser Woy aus Polen. Als „Fürst“ hatte er noch die Frechheit, gegen die russische Sowjetregierung einen Prozeß anzustrengen, in dem er 50 Millionen Goldrubel als Entschädigung für seine eingezogenen Liegenschaften verlangte. Mit diesem Schwindel suchte er sich in Berlin „Kredit“ zu verschaffen.

Wieder ein Versicherungsverbrechen. In Frankfurt a. M. ist der 24jährige Arbeiter Karl Hohmann aus Kleinheim unter dem dringenden Verdacht verhaftet worden, einen Mordveruch an seiner Frau begangen zu haben, deren Leben er vor einiger Zeit versichert hatte.

Riefenbetrug. In Paris sind ein Bankier und drei „Direktoren“ einer neugegründeten Kohlenhandels-Aktiengesellschaft wegen schwindelhafter Ausgabe von Aktien ver-

haftet worden. Die betrogenen Käufer dieser Aktien sollen um 300 Millionen Franken geschädigt sein.

In der Nebenstelle der Norwegischen Bank in Oslo wurden Unterschlagungen von vorläufig 130 000 Kronen (145 600 M.) entdeckt. Der Kassier Paulsen ist verschwunden. Er hatte in die Banknotenbündel Holzklötze gesteckt, um sie als voll erscheinen zu lassen. Eine ähnliche Unterschlagung war kürzlich bei einer dänischen Staatsbanknebenstelle festgestellt worden.

Flugzeugunglück. Bei Rujig ist ein polnisches Seeflugzeug beim Niedergehen in Kriegshafen in Trümmer gegangen. Von den beiden Insassen, zwei polnischen Offizieren, wurde der eine getötet, der andere schwer verletzt.

Karneval statt Weihnachten. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung das Abschlagen von Tannen zum Weihnachtsfest verboten. Am 25. Dezember findet in Moskau ein antireligiöser Karneval zur Störung der Gottesdienste statt, an dem sich 40 000 Kommunisten beteiligen werden.

Ein Betrüger bei der Deutschen Bank entdeckt. Ein amerikanischer Betrüger, der sich Scholem Westergaard nannte, hat versucht, die Deutsche Bank in Berlin und eine New Yorker Bank um 250 000 M. zu betrügen. Er hatte sich als Angestellter der Deutschen Bank ein eigenes Konto unter einem Decknamen bei der Nationalbank angelegt. Um einen Scheck von 65 000 M. auf sein heimliches Konto überweisen zu lassen, hatte er sich bei einer Druckerei, der er sich als Vertreter der Deutschen Bank ausgeben hatte, Briefbogen der Deutschen Bank drucken lassen. Er hob das Geld sofort ab. Durch Bildtelegraphenverkehr mit der betreffenden amerikanischen Bank gelangte man auf die Spur der Betrügerei. Der Schwindler wurde verhaftet, noch bevor er seinen Streich vollzogen und Schaden verursacht hatte.

Raubüberfall auf eine Sparkasse. In Friedrichsfeld bei Weßel drangen während der Bürostunden zwei maskierte Männer in den Kassenraum der Sparkasse ein. Während der eine die Anweisungen mit einem Revolver in Schach hielt, entnahm der andere der Kasse 10 000 M. Die Räuber entkamen unerkannt.

Unterschlagung. Der Rentant der Spar- und Darlehenskasse in Elstorf Kr. Harburg, Hermann Bode, wurde wegen Unterschlagung von 48 000 M. verhaftet.

Nollandung des Reiseflugzeugs „Warschau-Danzig“. Das polnische Verkehrsflugzeug „Warschau-Danzig“ mußte am Donnerstag nachmittag östlich von Danzig infolge Nebels und Dunkelheit notlanden. Auf dem aufgeweichten Boden überschlug sich das Flugzeug, wobei der Propeller zerbrach. Der Führer und der Fahrgast blieben unverletzt.

Flugzeugunglück. Ueber dem Militärflugplatz in Pommern sind zwei polnische Heeresflugzeuge zusammengefallen und abgestürzt. Aus den Trümmern wurden drei Leichen und ein Schwerverletzter geborgen.

Bei Cleveland (Ohio) ist im Schneesturm ein Postflugzeug abgestürzt. Der Führer wurde getötet, die Maschine zertrümmert.

Schiffbruch. Bei dem furchtbaren Sturm an der schottischen und französischen Küste ist der englische 2400 Tannen große Kohlendampfer „Frances Duncan“ aus Cardiff kentert und mit 16 Mann untergegangen; 5 Mann wurden gerettet.

Württ. Landestheater

Großes Haus, 10. Dezember. Theatergemeinde D 46: Jar und Zimmermann (8 bis 10.45). — 11. A 46: Curpante (7.30 bis 10.30). — 12. U 45: Der Rosenkavalier (7.30 b. n. 11). — 14. In neuer Inszenierung: Margarethe (Faut), Oper von Ch. F. Gounod (7—10.15). — 15. D 46: Zum 75. Mal: Tristan und Isolde (5.30—10). — 17. C 47: Die sizilianische Vesper (7.30 b. g. 10.30). — 18. F 45: Salome (7.30—9.15).

Kleines Haus, 9. Dezember. Theatergemeinde B 47: Die andere Seite (8—10.45). — 10. C 46: Napoleon oder die hundert Tage (8 b. g. 10.15). — 13.: Napoleon oder die hundert Tage (8 b. g. 10.15). — 14. F 45: Marius (8—10.30). — 15. Achenbrödel (4—6.30). — 15. Die andere Seite (7.30—10.15). — 16. U 46: Napoleon oder die hundert Tage (8 b. a. 10.15).

Haus des Deutschtums, 18. Dez.: Zweite Veranstaltung für den Württ. Theaterbund: „Die Oper in der Kulturtrife“. Vortrag: Karl Holl. (8—10).

Sport

Der Stuttgarter Verein für Bewegungsspiele disqualifiziert. In dem Streit wegen eines Verlustes gegen die Amateurbestimmungen durch Zuwendungen an den Spieler Rujig hat das Verbandsgericht, wie verlautet, gegen den VfB. eine Disqualifikation auf 2 Monate und 2000 M. Geldstrafe ausgesprochen. Wenn der Verbandsvorstand nicht von seinem Reklamationsrecht Gebrauch macht und etwa anstatt der Disqualifikation die Geldstrafe erhöht, so müßte das auf nächsten Sonntag angesetzte Spiel gegen Birkenfeld und jedes andere Spiel des VfB. innerhalb der zwei Monate als Verlustspiel gelten und damit wäre die Erringung der Meisterschaft des Bezirks Württemberg-Baden erneut in Frage gestellt.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Dienstag, 10. Dezember:
10.00: Schallplattenkonzert. 11.00: Nachrichten dienst. 12.00: Vornachricht. 13.00: Wetterbericht. 13.15: Schallplattenkonzert. 14.15: Nachrichten dienst. 15.30: Vortrag: Soziale Frauendichtung. 16.00: Nachmittagskonzert. 16.30: Aus Stadt und Land: Verteilung des Nobelpreises. 18.45: Zeitungsbesprechung. 19.00: Vortrag: Die Frau in der internationalen Arbeit. 19.30: Wilhelm Schuffen stellt aus eigenen Schriften. 19.55: Vortrag: Die Goldkiste in Bergamont. Gegenwart und Zukunft. 20.00: Unterhaltungskonzert. 20.15: Literarische Besprechung. 21.00: Schwedische Kompositionen. 22.15: Nachrichten dienst. 23.15: Jazz auf zwei Flügeln.

Mittwoch, 11. Dezember:
10.00: Schallplattenkonzert. 11.00: Nachrichten dienst. 12.00: Wetterbericht. 12.15: Schallplattenkonzert. 13.15: Wetterbericht. Schallplattenkonzert. 14.15: Nachrichten dienst. 14.45: Briefmarkenverkauf. 15.00: Auf der Weihnachtswiese. 16.00: Nachmittagskonzert. 17.45: Zeitungsbesprechung. 18.00: Vortrag: Die Frau in der internationalen Arbeit. 18.30: Wilhelm Schuffen stellt aus eigenen Schriften. 19.00: Vortrag: Die Goldkiste in Bergamont. Gegenwart und Zukunft. 20.00: Unterhaltungskonzert. 20.15: Literarische Besprechung. 21.00: Schwedische Kompositionen. 22.15: Nachrichten dienst. 23.15: Unterhaltungskonzert.

Donnerstag, 12. Dezember:
10.00: Schallplattenkonzert. 11.00: Nachrichten dienst. 12.00: Wetterbericht. 12.15: Schallplattenkonzert. 13.15: Wetterbericht. Schallplattenkonzert. 14.15: Nachrichten dienst. 16.00: Konzert. 17.45: Zeitungsbesprechung. 18.00: Vortrag: Französische Unterwelt. 19.00: Wo uns der Schuh drückt. 19.30: Unterhaltungskonzert. 20.00: Konzert. 22.00: Und so werden's ja Trinken Abend. 23.00: Nachrichten dienst. 23.15: Unterhaltungskonzert.

Lokales.

Wildbad, den 9. Dezember 1929.

General-Versammlung des Kur-Vereins.

Am Samstag, den 7. Dez. hielt der Kurverein Wildbad seine alljährlich im Winter fällige General-Versammlung im Hotel „Traube“ ab.

Zur Tagesordnung war Punkt 1: Verlesung des Protokolls der letztjährigen Generalversammlung und Rückblick auf die Tätigkeit des Vereins im vergangenen Jahr.

Punkt 4: Verschiedenes, brachte eine rege Aussprache, die, so wollen wir hoffen, recht fruchtbringend sein möge. U. a. wurde die Erstellung eines Strandbades mit Planschbecken mit allem „Für und Wieder“ durchgesprochen.

Nachdem noch von einer Seite angeregt wurde, der Kurverein möge auch im Frühjahr noch eine Versammlung abhalten, wird diesem Antrag entsprochen.

Aus dem Geschäftsbericht des Kurvereins ist zu entnehmen, daß trotz schlechter Vorbedingungen die Saison 1929 eine Höchstfrequenzziffer von 23000 Besuchern zu verzeichnen hatte.

Handel und Verkehr

Beteiligung des Reichs an der Preußenhaffe

Zwischen der Reichs- und der preussischen Regierung ist ein Abkommen getroffen worden, demzufolge das Reich sich mit 50 Millionen Mark an der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse beteiligt.

Berliner Dollarkurs, 7. Dez. 4.1705 B. 4.1785 B. D. Wbl.-Mtl. 49.80.

Berliner Geldmarkt, 7. Dez. Tagesgeld 7,75—9,75, Monatsgeld 8,5—10 v. H.

Reichsbankdiskont 7, Lombard 8 v. H.

Privatdiskont 7 v. H.

Schacht und die Börse. Die Berliner Börse war durch die Denkschrift des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht nicht weniger bestürzt und verwirrt, als die Reichsregierung.

Postkassenverkehr in Württemberg im November 1929. Zahl der Postkassendekonten Ende November 39 169, Zunahme gegen Oktober um 129.

Auf die am Rathaus angehängene Bekanntmachung über die Einspruchsfrist gegen die Grund- und Gefälligsteueranlagung für das Rechnungsjahr 1929 wird hingewiesen.

LUGER süße Mandeln nur 1.60 wunderschönes OO-Mehl nur 26 Pf. Wir sind billiger! frische Kokosfloeden nur 55 Pf. Drageat nur 30 Pf.

Zur Herausgabe der 50 Millionen bedarf die Reichsregierung einer reichsgerichtlichen Ermächtigung. Sie beabsichtigt daher, dem Reichstag und dem Reichsrat noch vor Weihnachten einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik stehenden Einwendungen übernimmt die Redaktion nur die verkehrliche Verantwortung.

Anfrage! Entspricht es den Tatsachen, daß am Neubau Rieginger auf dem Sommerberg die Schiebefenster von einer auswärtigen Firma hergestellt werden und auch die Möbel von Auswärts kommen sollen, trotzdem 12 Arbeitslose Schreiner hier kärglich ihr Leben fristen?

Keine Störung mehr durch die Gleichrichteranlage. Kaufen Sie ein Grammophon, es ist keinen Störungen ausgesetzt, jederzeit verwendungsbereit und leicht transportabel.

Buchhandlung Trittlar, Inh.: Ernst Loebl. Turn-Verein Wildbad. Heute abend 8 Uhr Theater-Probe im Gasthaus zum „Anker“.

Sämtliche Drucksachen fertigt schnell und preiswert die Druckerei des Wildbader Tagblatt.

Ein prächtiges Weihnachts-Geschenk für jeden Kriegsteilnehmer und deren Angehörige!

Die württ. Regimenter im Weltkrieg 1914-1918

- 25. 1. Das 1. württ. Infanterie-Regiment Nr. 127. Bearb. v. Oberstl. Schaub und Hauptmann H. Schreier. 192 Seiten gr. 8°. Mit 101 Abbildungen, 2 Uebersichtskarten. 25. 2. Das 2. württ. Infanterie-Regiment Nr. 128. Bearb. v. Hauptmann G. Berger. 192 Seiten gr. 8°. Mit 101 Abbildungen, 2 Uebersichtskarten, 2 Uebersichtskarten und 10 Skizzen.

Band 1-33 Groß-Offenformat in Halbleinen gebunden je M. 5.- Zu beziehen durch den Verlag dieser Zeitung sowie durch jede Buchhandlung

Schreibmaschinen

nebst Zubehör kaufen Sie billiger bei GESCHW. FLUM Buch- und Papierhandlung.

Zur Weihnachts-Bäckerei

- 1a. Auszugmehl 5 Pfd.-Beutel 1.40 M. Konfektmehl 5 Pfd.-Säck. 1.55 M. Haselnußkerne 1/2 Pfd. 90 Pf. Mandeln handgelesene 1/2 Pfd. 1.00 M. Mandeln beste Qualität 1/2 Pfd. 1.10 M. Zitronat 1/2 Pfd. 45 Pf. Orangeat 1/2 Pfd. 35 Pf.

- Kranzkeigen, Murgäster Bierschnitz, Sultaninen, Kofunen, Balm, Kokosfett, Hagelzucker, bunter Streuzucker, Backpulver, Vanillzucker, Pottische, Anis, Zimmt, Nelken, Zitronen, Staubzucker. Grieszucker Pfd. 36 Pf. Tafelbutter Pfd. 2.40 M. Kama i. Blauband Pfd. 1.00 M. Eier, gebleicht. Stück 17 Pf. Blockschokolade 1/2 Pfd. 65 Pf.

Auf sämtl. Waren 5 Prozent Rabatt

Lebensmittel- und feinkosthaus

Fritz Klob

NB. Haselnußkerne und Mandeln werden auf Wunsch gerne gratis gemahlen.

125 bei Husten, Katarrh